

POSITION

POSITIONSPAPIER DER DGB-JUGEND ZUR EUROPAWAHL 2024

(Beschlossen im DGB-Bundesjugend-
ausschuss am 18.10.2023)

Die Gewerkschaftsjugend setzt sich seit jeher für ein soziales, solidarisches und starkes Europa ein. Wir wissen, dass sich die Probleme der globalisierten Welt nicht in nationalen Alleingängen lösen lassen. Das galt schon zu den letzten Europawahlen und gilt auch 2024. Die Begrenzung des Klimawandels, der digitale Wandel der Wirtschaft, der demographische Wandel und auch die Inklusion von Geflüchteten: Diese großen Aufgaben kann nur ein soziales Europa der Gemeinsamkeit und Solidarität angehen, nicht ein Europa der Isolation und Ausgrenzung.

In den letzten Jahren haben wir eine Europäische Union erlebt, die vielen Herausforderungen der Zukunft nicht ausreichend begegnet ist: Das Europäische Jahr der Jugend ist wirkungslos verpufft, über andere Felder können wir nicht nur den Kopf schütteln. In lauterster Empörung rufen wir: Das Sterben im Mittelmeer endet nicht und der Kompromiss zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) führt die Menschenverachtende Flüchtlingspolitik fort.

Seit Jahren herbeigerufene Reformen bleiben aus. Seit 2022 tobt Krieg in Europa, gleich in der Nachbarschaft der EU. Die Solidarität mit der Ukraine hat uns und viele andere bewegt. Viele aus unserer Generation müssen sich von dem Gedanken lösen, Frieden in Europa sei garantiert. Nach Corona erleben wir die nächste Herausforderung von unglaublichem Ausmaß: Hunderttausende Geflüchtete suchen in Deutschland und dem Rest der EU Schutz. Gleichzeitig erleben wir eine für uns ungekannte Inflation, die mit gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen nur ihren Anfang nahm.

Unsere Antwort auf diese Herausforderungen lautet Solidarität! Wir brechen die billigen Antworten der Populisten und Faschisten auf und kämpfen für ein solidarisches, gerechtes Europa. Zahlreiche extrem Rechte, rechtspopulistische und nationalistische Kräfte wollen die EU schwächen. Umso wichtiger ist es, dass vor allem für junge Menschen im Juni von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und mit ihrer Stimme für ein solidarisches und soziales Europa stehen.

1. Für eine gute Arbeit und Ausbildung in Europa

Unter den Auswirkungen der vergangenen Wirtschafts- und Finanzkrisen leiden auch weiterhin viele junge Menschen. Zwar ist Jugendarbeitslosenquote in den vergangenen Jahren insgesamt gesunken, dennoch haben einige Länder weiterhin große Probleme, Jugendlichen eine sichere Zukunftsperspektive zu garantieren. In Spanien sind aktuell knapp 27 Prozent der Jugendlichen unter 25 Jahren ohne Job. In Griechenland und Italien sind

etwa 22 Prozent der jungen Menschen von dieser Situation betroffen. Doch nicht nur in diesen Ländern finden sich viele junge Menschen in einer solchen Situation: Der Anteil junger Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen ist europaweit immer noch zu hoch.

Die desaströse Sparpolitik der vergangenen Jahre hat das Problem für jungen Menschen verschärft und das Vertrauen in Europa in diesen Ländern geschwächt. Ein Europa mit Zukunft muss dieses Vertrauen zurückgewinnen! Statt prekärer Beschäftigungsmaßnahmen muss dringend investiert und tatsächliche Zukunftsperspektiven für junge Menschen geschaffen werden. Es braucht deshalb ernstzunehmende Mindeststandards in der Arbeits- und Sozialpolitik, welche diese Menschen absichern und gute Arbeit sicherstellen.

Solche Standards müssen auch für die Ausbildung in Europa um- und durchgesetzt werden. Der von den Gewerkschaften initiierte „Europäische Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Ausbildung“ wurde von der Europäischen Kommission als Empfehlung an die Mitgliedsländer weitergegeben. Hier braucht es mehr als Empfehlungen: Mindeststandards müssen europaweit durchgesetzt werden.

Wir begrüßen die guten Schritte, die in den letzten Jahren für die gerechte Ordnung der Arbeitswelt gemacht wurden. Von der EU-Mindestlohnrichtlinie werden, sobald hier umgesetzt, auch Beschäftigte in Deutschland profitieren. Statt Empfehlungen sind aber ernstzunehmende Mindeststandards in der Arbeits- und Sozialpolitik der EU-Mitgliedsstaaten mit Rechtsverbindlichkeit und Rückschrittverboten gefragt.

Wir fordern:

- einheitliche europäische Mindeststandards für Ausbildung und Praktika unter Beibehaltung höherwertiger nationaler Standards,
- die Vorrangigkeit von sozialen Rechten gegenüber der Binnenmarktfreiheit,
- die Beibehaltung von Regulierungen wie der Meisterpflicht, welche für hohe Standards sorgen.

1.1 Jugendgarantie fortführen und verbessern

Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit wurde die Jugendgarantie durchgesetzt. Sie sollte gewährleisten, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein Job- oder Ausbildungsplatzangebot oder ein Praktikumsplatz erhalten. Die Gewerkschaftsjugend hat die Einführung dieser Garantie und der damit verbundenen Gelder ausdrücklich unterstützt und auch eingefordert. In Ländern, bei denen die Jugendgarantie

zusammen mit den Sozialpartnern umgesetzt wurde, konnten sehr gute Erfolge erzielt werden. Wir fordern, dass eine Beteiligung der Sozialpartner bei der Entwicklung der Maßnahmen zwingend ist. Der Fokus soll auf zukunftssichere Beschäftigung gesetzt werden.

Die Jugendarbeitslosigkeit konnte zwar im Durchschnitt reduziert werden, der Anteil an Jugendlichen, die sich weder in Ausbildung, Beschäftigung noch Bildung befinden (Not in Education, Employment or Training - NEET) ist mit etwa 12 % in der EU immer noch zu hoch. In einer sich verändernden Arbeitswelt mit weiter steigenden Qualifikationsanforderungen droht die Gefahr, dass sich diese Menschen immer weiter von einem möglichen Einstieg in das Berufsleben entfernen. Wir begrüßen die Erweiterung der Jugendgarantie auf junge Menschen bis 29, denn die Zahlen zur Arbeitslosigkeit und NEET sind immer noch zu hoch. Wir wissen genau, welche Auswirkungen eine fehlende Ausbildung hat. Bei 2,6 Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss allein in Deutschland kann das Ziel der EU, die Zahl der NEET bis 2030 auf unter 9% zu senken nur ein Anfang sein.

Wir fordern:

- eine bessere Ausfinanzierung der Programme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit,
- eine zwingende Beteiligung der Sozialpartner bei Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche,
- eine gezielte Förderung für Jugendliche ohne Abschluss (NEETs),
- qualitativ hochwertige Angebote mit Ausrichtung auf zukunftssichere Beschäftigung,
- Maßnahmen gegen die prekären Beschäftigungssituationen vieler Menschen in Europa.

1.2 Faire Mobilität, Austausch und Beteiligung

Die Gewerkschaftsjugend steht zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit. Allerdings müssen Sozial- und Lohndumping durch Europäische Regelungen und Strukturen unterbunden werden. Gute Arbeitsbedingungen müssen für alle gelten. Dafür sollen, als ein Instrument, die Mindeststandards im EU-Arbeitsrecht erhöht und Verstöße strikter belangt werden. Zu guter Arbeit gehört auch gute Mitbestimmung - und das auch auf der europäischen Ebene. Mitbestimmung sollte auf allen Ebenen durch nationales und europäisches Recht geschützt und gestärkt werden. Der Beschäftigtenschutz und die Mitbestimmung müssen stets Vorrang gegenüber der Binnenwirtschaft genießen.

Die soziale Absicherung muss zwischen den Mitgliedsländern besser übertragbar sein, Lebensstandards müssen sich schneller angleichen. Wir brauchen deshalb Mindestlöhne,

welche über der nationalen Armutsschwellen liegen - gleichzeitig darf die Tarifhoheit der Gewerkschaften nicht angetastet werden. Die Europäische Mindestlohnrichtlinie ist dafür ein guter Hebel: Auch in Deutschland müssen die Mindestlöhne dadurch steigen. Es wird deutlich, dass die EU nicht nur freien Markt und Binnenhandel kann, sondern auch effektive Sozialpolitik. Allerdings gilt die Mindestlohnrichtlinie nur dort, wo es auch nationale Mindestlöhne gibt. Hier brauchen wir große Lösungen.

Gleichzeitig muss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an soziale Standards geknüpft werden. So sollten sie beispielsweise nur an Unternehmen mit Tarifbindung vergeben werden.

Wir sehen Schutzrechte auf dem europäischen Arbeitsmarkt und auf nationaler Ebene nicht ausreichend gewahrt: Saisonarbeiter*innen in der Deutschen Landwirtschaft oder Arbeiter*innen aus dem nahen Ausland- immer noch werden Menschen in der westeuropäischen Wirtschaft ausbeuterischen Verhältnissen ausgesetzt und ihre prekäre Lage bewusst ausgenutzt. Das DGB-Projekt Faire Mobilität leistet hier einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung dieser Beschäftigten, der eigentlich durch staatliche Kontrollen und Hilfe gewährleistet werden müsste.

Wir begrüßen die letzten Erhöhungen bei Erasmus+. Die Förderhöhen sind allerdings immer noch nicht auskömmlich, zumal auch Teilnehmende des Programms massiv unter der Teuerung leiden. Erasmus+ darf kein Projekt für die wenigen sein, sondern soll junge Menschen unabhängig vom wirtschaftlichen Hintergrund ansprechen.

Wir fordern:

- eine Verbesserung der Übertragung der sozialen Absicherung wie z. B. Rentenansprüche zwischen den Mitgliedsländern,
- wichtige Hebel wie die EU-Mindestlohnrichtlinie müssen überall gelten,
- eine faire Mobilität, welche die Rahmenbedingung für mobile Beschäftigte deutlich verbessert (Equal Pay, Equal Rights und Verhinderung von Sozial- und Lohn-dumping),
- Kontrolle und Gewährleistung des Arbeitsschutzes und sozialer Rechte von Grenzpendler*innen und Arbeitsmigrant*innen,
- eine Förderung der Mitbestimmung und Beteiligung von Jugendlichen in betrieblichen und außerbetrieblichen Interessenvertretungen eine bessere institutionelle und finanzielle Ausstattung des Erasmus-Programms mit stärkerem Fokus auf Auszubildende.

2. Umverteilung und Steuergerechtigkeit

Die Herausforderungen der Transformation in Europa sind immens: Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Umstellung unserer Industrie auf nachhaltige Produktion kostet Milliarden. Dieses Geld ist vorhanden. Das Problem ist die ungerechte Verteilung. Die Gewerkschaftsjugend fordert einen Kurswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen ein Ende der Austeritätspolitik, die zusammen mit der Liberalisierung der Arbeitsmärkte und der Absenkung sozialer Standards in vielen Ländern gerade die Beschäftigungssituation und soziale Sicherung von jungen Beschäftigten verschlimmert hat und eine Belastung für zukünftige Generationen darstellt. Eine dringend benötigte Investitionspolitik wurde unterlassen. Die sozial-ökologischen Transformation in Europa muss solidarisch finanziert werden. Es ist Zeit für eine Europäische Investitionsoffensive. Es muss vor allem in die Regionen investiert werden, die durch die Krise am schwersten getroffen wurden und die durch Digitalisierung, Transformation und Klimawandel vor den größten Problemen stehen. Investitionen, Bildung und das gewerkschaftliche Konzept der „Just Transition“, welche den Wandel gerecht und nachhaltig gestalten kann, sind die richtigen Antworten.

Diese Investitionen müssen durch eine konsequentere Besteuerung von Unternehmen und Finanztransaktionen flankiert werden. War es doch vor allem die Deregulierung der Finanzmärkte, die zum Ausbruch einer der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrisen geführt haben. Von allen Krisen wurden die Superreichen allerdings nur kurzfristig tangiert, von der Leistungsbereitschaft von Millionen Arbeitnehmer*innen aber profitierten sie. Während der Corona-Pandemie und im Zug des Angriffskrieges auf die Ukraine: Die Reichen wurden reicher, während Millionen unter der Inflation und den direkten Folgen auf ihre Arbeitsplätze leiden. Auch von der derzeitigen Veränderung im Zuge des digitalen Wandels profitieren besonders Internet- und Technologiekonzerne wie Alphabet, Meta, Apple, Microsoft und Amazon die mit digitalen Dienstleistungen Milliarden erwirtschaften – und dabei kaum Steuern zahlen müssen.

Die gezielten Steuervermeidungsstrategien müssen gestoppt und die Steuerrabatte für solche Unternehmen endlich abgeschafft werden. Inner- und außereuropäische Steuerparadiesen müssen trockengelegt werden. Der Standortwettbewerb um niedrige Unternehmensbesteuerung und Lohnnebenkosten muss ein Ende haben. Wir brauchen deshalb eine einheitliche Besteuerung von Unternehmen in Europa. Es gilt: Steuern müssen dort bezahlt werden, wo Wert geschöpft wird.

Zur Sicherstellung einer zukunftssicheren, unabhängigen Energieversorgung auf europäischer Ebene braucht es einen Diskussionsprozess zur Entwicklung einer gemeinsamen nachhaltigen Lösung.

Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft und ein handlungsfähiges Europa, das in die Infrastruktur investiert und über die Ressourcen verfügt, auch langfristige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen.

Wir fordern:

- eine aktive europäische Industrie- und Dienstleistungspolitik, welche vor allem von der Transformation betroffene Region durch Investition und Innovation aufbaut,
- ein Ende der Austeritätspolitik und des Dogmas der „Schwarzen Null“,
- den Stopp der Privatisierung von Schlüsselbetrieben, sozialen sowie öffentlichen Einrichtungen,
- die Einführung einer europaweiten Transaktionssteuer sowie die Harmonisierung der europäischen Steuer- und Finanzsysteme mit einer gemeinsamen Mindeststeuer,
- eine Verbesserung des Ausgleichs zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen in Europa,
- die Investition in die Energiewende und die Förderung von Innovation in besonders betroffenen Regionen nach dem Konzept der „Just Transition“.

3. Fluchtursachen bekämpfen, Sicherheit garantieren

Europa ist als Friedensprojekt gestartet und Europa muss das Versprechen des Friedens wieder erneuern. Es ist zwingend notwendig, dass sich die Mitgliedsländer gemeinsam die Fluchtursachen außerhalb Europas bekämpfen und sich um die Belange der vor Krieg und Verfolgung geflüchteten Menschen kümmern. Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Europäischen Union.

Das Handeln der Mitgliedsstaaten und der Institutionen in der EU muss sich strikt nach dem Grundsatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ richten. Infolgedessen darf das Recht auf Asyl nicht zum Spielball politischer und populistischer Interessen werden. Die menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Integration müssen als gemeinsame Aufgabe erkannt werden.

Es ist schlicht unmenschlich und skandalös, dass Menschen, die vor Krieg, Folter, Verfolgung und lebensbedrohlichen Situationen fliehen an den Grenzen abgewiesen, in Lager gesteckt und sogar das Ertrinken von Menschen in Kauf genommen wird. Es braucht Sofortprogramme zur Rettung von Geflüchteten im Meer, uns darf das Sterben der

Menschen nicht länger egal sein! Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden, Menschenrechte müssen geschützt werden und sowohl Geflüchtete als auch Unterstützer*innen bedürfen unserer Solidarität.

Wir fordern europäische Regelungen, welche dem Friedens- und Gemeinschaftsgedanken Europas gerecht werden. Wir fordern, dass legale und sichere Möglichkeiten geschaffen werden, mit denen in jedem europäischen Land ein Antrag auf Asyl gestellt werden kann, um die Grenzregionen Europas zu entlasten. Die Asylantragsverfahren müssen insgesamt einfacher, toleranter und transparenter werden. Die Zusammenführung von Familienmitgliedern muss gefördert, die Inklusion von Geflüchteten garantiert werden.

Mit großer Verärgerung sehen wir, dass die EU an ihren Außengrenzen insbesondere auf Abschreckung und Zurückdrängung von Geflüchteten setzt, statt für sichere Fluchtwege und Seenotrettung zu sorgen. Die Gewerkschaftsjugend fordert, dass deutlich mehr Mittel für die Inklusion von Geflüchteten und für Investitionen, etwa in die Einhaltung der Klimaziele, verwendet werden. Denn auch Klimaschutz ist Sicherheitspolitik – bei einer weiteren Zunahme der Erderwärmung werden auch zunehmend Menschen ihre Heimat verlassen müssen, weil sie dort nicht mehr leben können.

Wir fordern:

- die Gewährleistung des Rechts auf Asyl, keine Unterbringung von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen in Lagern,
- ein Verständnis für Klimapolitik als Sicherheitspolitik,
- keine Mittelkürzung im Zuge der Sicherheitsdebatte zu Lasten von Struktur- und Investitionsfonds,
- die Schaffung eines Integrations- und Entwicklungsfonds zur besseren Unterbringung und Inklusion von Geflüchteten und
- eine gemeinsame, gesamteuropäische Bekämpfung von Fluchtursachen.